



Krieg ist Frieden

Der ganz normale Wahnsinn des militärischen Humanismus

Bis vor zehn Jahren war die Welt unsicher, weil der böse Feind Rot (BöFei) uns und mit uns die ganze freie (d.h. westlich-kapitalistische) Welt bedrohte. Dann fiel die Mauer und es wurde alles anders, damit es sich gleich bleiben konnte: Heute ist die Welt noch viel unsicherer, weil es keinen grossen BöFei mehr gibt, der die kleinen BöFeis (heute modern "Schurkenstaaten" genannt) überwachen und kontrollieren würde. Grund genug, Friedenstruppen für humanitäre Interventionen aufzubauen, statt eine Friedensdividende auszuschütten.

von Roland Brunner

Schon in den guten, weil noch übersichtlich kalt-kriegerisch geteilten Zeiten war klar: Die Armee dient dem Frieden. Der Krieg wird verhindert, indem er vorbereitet wird. Unter diesem Motto versuchten unsere kalten Krieger die Vorbereitung auf die heisse Schlacht zu legi-

timieren. Die nationalstaatliche Igelhaltung der hehren und wehrhaften Schweiz war niedergeschrieben im Verfassungsauftrag "Landesverteidigung". Frieden schaffen mit Schweizer Waffen hiess, den BöFei dissuasiv zu bekämpfen, d.h. die Roten mit hochgerüsteten Waffenpotenzialen und einer allzeit bereiten Armee von der Kriegsführung gegen die Schweiz abzuhalten.

Europa kommt, der Frieden geht

Tito starb, *Gorbatschow* kam, die Mauer fiel, der Osten zerbröselte, Jugoslawien verblutete in Nachfolgekriegen entlang neu aufgekochter aber ewiggestriger Identitäten. Auf den real existierenden Sozialismus folgten nicht real existierende Marktwirtschaft und stabile Demokratie, sondern ganz reale Kriege. Und plötzlich hatte der Westen wieder einen Feind: die neue Unsicherheit. Die PolitikerInnen stürzten sich auf die Zerfalls- und Nachfolgekriege

und benannten ihre Truppen flink um von Verteidigungskräften zu Friedenstruppen. Vor allem sozialdemokratische Politiker setzten sich – zum Teil sekundiert von grünen Juniorpartnern – an die Spitze des militarisierten Konfliktmanagements, da sie als Regierungschefs endlich eine Chance sahen, ihre Gerechtigkeitsmoral bewaffnet durchzusetzen, nachdem sie jahrzehntlang von der Oppositionsbank aus nur die Unmoral der Herrschenden anprangern konnten. Das politische Versagen Europas in Bosnien sollte jetzt im Kosovo mit militärischen Mitteln wettgemacht werden. Eine krude Mischung aus Moralterrorismus und Antiamerikanismus muss dazu herhalten, den BürgerInnen die Notwendigkeit europäischer Militärpolitik in bedrohungslosen Zeiten klarzumachen. Zum Startenor des Militärchors wurde der neugewählte rot-grüne deutsche Aussenminister und ehemalige Turnschuhchaot *Joschka Josef Fischer*, der forderte,



eine europäische Politik müsse sich "auf glaubwürdige operative Fähigkeiten stützen können, wenn die

Helfer und Retter

"Bereits im Golfkrieg von 1991 zeichnete sich diese Weiterentwicklung klassischer Friedenstruppen ab. Hochmoderne mobile Verbände und Luftkampfmittel wurden zur Befreiung von Kuwait von den irakischen Invasoren eingesetzt. Die Truppe siegte nach 100 Stunden, aber ihre Arbeit war noch nicht zu Ende. Die gleiche Armee, die zuvor den Kampf führte, richtete im Norden Iraks Schutzzonen für bedrohte Kurden ein; gleichzeitig leistete sie Hilfe für die schiitische Minderheit, die aus Furcht vor Saddam Husseins Rache in die Sümpfe des Südens geflohen waren. Aus den Kämpfern waren Helfer und Retter geworden."

Alt-Divisionär Gustav Däniker in der "Allgemeinen Schweizer Militärzeitung" ASMZ 6/2000.

Europäische Union in der Lage sein soll, auf der internationalen Bühne uneingeschränkt mitzuspielen".

Im Namen des Friedens wird hier Kriegspolitik betrieben. Eine schleichende Militarisierung der EU findet statt, die gewiss nicht Frieden und Verständnis fördert, sondern einen neuen Rüstungswettlauf und neue Grenzmauern schafft. Im November 1999 betonte Javier Solana als neu ernannter "EU-Aussenminister", die EU-Mitgliedstaaten müssten mehr Geld für die Verteidigung ausgeben. Im Dezember verlangte der US-Verteidigungsminister von den europäischen Alliierten mehr Verteidigungsanstrengungen. Die Europäer hätten keine richtige Geheimdiensttechnologie, keine Präzisionswaffen, Mangel an Kapazitäten, Flugangriffe über längere Zeit hinweg durchzuführen usw. Ob in der Nato eng mit den USA verknüpft oder im europäischen Verbund auch ohne (und vielleicht sogar gegen) den grossen Bruder kriegstauglich – der Aufbau der "Friedensstreitmacht Europa" wird einen neuen Rüstungswettlauf in Gang setzen. In Russland wurde bereits eine neue Militärdoktrin angenommen, die jene von 1997 ersetzt. Sie eröffnet die Möglichkeit, Nuklearwaffen zu verwenden, wenn es keine andere Mög-

lichkeit gibt, dem Gegner entgegenzutreten... In China verlangte Parteisekretär Jiang Zemin von der Militärakademie möglichst viele neue und hoch qualifizierte Offiziere. Die chinesische Regierung will zudem den wachsenden Gefahren durch ein eigenes Star-Wars-Programm und ein neues kernbetriebenes U-Boot begegnen.

Die EU wird von Euro-Eliten gerne als Friedensprojekt propagiert. Ein Friedensprojekt, das einen neuen Rüstungswettlauf lanciert! Wer diesen "Frieden" finanzieren soll, ist uns allen klar, auch wenn sich die EU-Verteidigungsminister bei ihrem Treffen vom 28. Februar in Portugal einmal mehr über die Kosten für die riesigen Rüstungsprogramme und den Unterhalt dieser "Friedenstruppen" ausschwiegen. Offensichtlich definiert die EU das Wort "Frieden" neu. Die orwellsche Version wurde akzeptiert: Krieg ist Frieden und Frieden ist Krieg!

Die Schweiz marschiert mit

Die EU traf mit der aggressiven Marschmusik das Musikgehör unserer von Sinnfragen und Wirtschaftsinteressen arg gebeutelten Militärstrategen. Vor allem ihr oberster Boss, Bundesrat Adolf Ogi, packte die Gelegenheit beim Schopf und verkündet seit Jahren die frohe Botschaft, dass die Schweiz auf der Baustelle des Friedens mitarbeiten müsse. Schritt für Schritt, sachte wie der Bergler, als den er sich bei solchen Gelegenheiten outet, brachte er die Armeekader auf Kurs und integrierte links und rechts ins neue Armeeleitbild. Bis auf ein paar wenige Irlrläufer in der nationalistisch verkleisterten Ecke und einer Grundsatzkritik radikaler Friedenspolitik gelang Ogi der Spagat: Von Gustav Däniker bis Andi Gross herrscht Einigkeit: Der Frieden braucht Truppen und die Friedensarmeen brauchen Schweizer Soldaten, damit man so richtig humanitär intervenieren kann. Die Schande von Bosnien, nur mit gelben Mützen am Frieden mitarbeiten zu dürfen, soll den hehren, strammen Schweizer Mannen in Zukunft erspart bleiben. Ein richtiger Mann braucht eine richtige Waffe, also muss ein neues Militärgesetz her!

Maastricht, Amsterdam, Köln, Helsinki, Lissabon, Brüssel...

Die "pensée unique", der Einheitsbrei im militarisierten Schädel, fordert die Bewaffnung zur Humanität, die Militarisierung zur Zivilisierung, die Kriegsführung zur Friedensstiftung. Wie all die anderen Sonderfälle (Deutschland mit seiner Kriegsvergangenheit, Frankreich mit seiner Atommacht usw.) soll auch der Sonderfall Schweiz zum militarisierten Normalfall werden. Wenn es nach dem Willen der Armee und des politischen Mainstreams geht, wird die Schweiz noch dieses Jahr einen weiteren grossen Schritt auf diesem Weg machen: Ganz normale Schweizer Friedenstruppen können sich ganz normal an der globalen Kriegsführung beteiligen. Da ist es auch ganz normal, dass Bundesrat Ogi zwar laufend sagt, man wolle nicht in die Nato (weil man sich besser ohne Mitgliedschaft integrieren kann), man wolle nur mit Uno- oder OSZE-Mandat Einsätze leisten (nur wolle man das nicht ins Gesetz schreiben, um im sich verändernden Umfeld flexibel zu bleiben) und man wolle die Schweizer Truppen nur für friedenserhaltende Aktivitäten zur Verfügung stellen (aber dies könne sehr wohl auch in friedenszwingenden Einsätzen geschehen).

Ein breites Spektrum an friedens- und entwicklungspolitischen Organisationen hat klargemacht, dass die vorliegende Fassung des neuen Militärgesetzes den friedenspolitischen Anforderungen nicht genügt und dass man das Referendum ergreifen werde, falls nicht nachgebessert wird. Vor allem die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA hat es in den letzten Monaten mit aller Deutlichkeit klargemacht: Schnaps ist Schnaps und Krieg ist Krieg. Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Zwar sind Teile der Friedensbewegung noch alles andere als sicher, ob sie denn nun für oder gegen bewaffnete Auslandseinsätze sein sollen; dass diese aber an klare Bedingungen geknüpft sein müssten, darüber herrscht Konsens. Der Ständerat hat nun in der Herbstsession die Chance, ein grundsätzlich falsches Gesetz den minimalsten Bedingungen anzupassen, um ein doppeltes Referendum zu verhindern. Aber auch dann: Mit Frieden hat die Armee soviel zu tun wie John Lennon mit Marschmusik.

Mit dem Maastrichter Vertrag, unterschrieben von den EU-Aussenministern im Februar 1992, taucht das Thema "Verteidigung" in der europäischen Agenda auf. Die Amsterdamer Verträge vom Juni 1997 definierten die "gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik" GASP als Auftrag an die europäischen Instanzen. Umstritten blieb das Zusammenspiel der (militärischen) Strukturen: EU, WEU, Nato. Die Ernennung von Javier Solana, Ex-Nato-Generalsekretär, zum höchsten Repräsentanten der EU-Verteidigungspolitik, zum Mister GASP, und in Personalunion zum Generalsekretär der WEU belegt, dass der Kölner Gipfel der EU-Staatschefs im Juni 1999 die Probleme überwunden hat: Die Bedeutung der WEU wird zurückgenommen, weil zu konfliktträchtig, dafür wird voll auf die Euro-Armee gesetzt. Ein Hauptquartier in Brüssel mit eigenem Militärstab, Geheimdienst, Satellitenzentrum usw. soll entstehen, ein ständiges Experten-Komitee gebildet werden und vor allem sollen die Truppen aufgestellt und aufgerüstet werden, die weltweit zur Krisenintervention eingesetzt werden können. Bis 2003 sollen innerhalb von zwei Monaten 15 Brigaden aufgestellt werden können, die für ein Jahr im Einsatz stehen könnten. Da die Einheiten alle vier bis sechs Monate ausgewechselt werden müssen, bedeutet dies eine Bereitschaftstruppe von gegen 180'000 Mann – und ein paar Frauen.

Das Kölner Dokument betont, dass die EU zu selbständigen Aktionen befähigt werden müsse, gestützt auf glaubwürdige Militärstreitkräfte, auf Entscheidungskompetenzen und Einsatzbereitschaft, um auf internationale Krisen antworten zu können, unbeschadet der Kompetenzen der Nato. Laut Dokument soll dies in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Uno-Charta geschehen. Zu beachten ist hier der genaue Wortlaut: es ist allerdings nicht dasselbe, UN-Prinzipien zu erwähnen oder zu fordern, dass Aktionen nur auf Uno-Mandat hin erfolgen dürfen. Das Ziel ist klar: die EU will unabhängig und ohne die Zustimmung der Uno handeln können – genau so wie es von den elf EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Nato im Kosovo gehandhabt wurde. Die Nato erklärte

Jugoslawien nie den Krieg, stellte ihre Intervention jedoch als "friedensschaffende Operation" (peace making) hin.

Der EU-Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 unterstrich die Entschlossenheit der EU, eine eigenständige Entscheidungskompetenz zu entwickeln, um dort, wo die Nato als ganze nicht engagiert ist, bei internationalen Krisen EU-geführte militärische Operationen zu lancieren. Es wurde beschlossen, dass die Union in drei Jahren gemeinsame Militärkräfte aufstellen wird, die 50'000 – 60'000 Mann umfassen. Diese Streitkraft soll für den internationalen Kriseneinsatz bestimmt sein – sowohl für friedenserhaltende wie friedensschaffende Massnahmen (peace-keeping, peace-making). Die Staatsoberhäupter liessen offen, wo die Streitkräfte eingesetzt werden sollen. Der finnische Premierminister Paavo Lipponen gab keine direkte Antwort auf die Frage, ob die Streitkräfte auch für Krisen ausserhalb Europas eingesetzt werden. Ebenso blieb offen, ob die Operationen von der Zustimmung der Uno abhängen und wie die Beziehungen zur Nato sein werden – alles allzu delikate Fragen, um anlässlich eines Gipfels in einem neutralen Staat behandelt zu werden – sodass man sie einfach offen oder unklar liess. Gemäss der Schlusserklärung ("Stärkung der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und über nicht-militärisches Krisenmanagement der EU") sind Entscheidungen in Richtung der in Köln gesetzten Ziele Ende 2000 zu erwarten. Bis dann soll auch die WEU geschluckt sein.

An der Nato-Tagung Anfang Juni in Brüssel rief Generalsekretär Robertson die Mitgliedstaaten erneut auf, die Verteidigungsbudgets massiv zu erhöhen, um die beschlossene "Erhöhung der Schlagkraft in einem neuen sicherheitspolitischen Umfeld zu erreichen". Verbales Schulterklopfen erhielt der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping für die Reformpläne der Bundeswehr und die Aussage, dass Deutschland mit seinem zurzeit verfügbaren sicherheitspolitischen Angebot nicht mehr bündnisfähig sei und grosser finanzieller Nachholbedarf bestehe...